

Wahlprüfstein DIE LINKE

Deutscher Volkshochschul-Verband e.V.
Obere Wilhelmstraße 32
53225 Bonn

Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017

Weiterbildungspolitik

1. Bildungsaufgaben sind von übergeordneter Bedeutung und erfordern eine gemeinsame strategische Planung und operative Umsetzung. Der Bund muss in die Lage versetzt werden, sich in Abstimmung mit Ländern und Kommunen in der Weiterbildung strukturell und finanziell stärker zu engagieren.

Kooperativer Föderalismus

Damit Bund, Länder und Gemeinden in der Weiterbildung gesamtstaatliche Verantwortung wahrnehmen, sich auf gemeinsame Ziele und Maßnahmen verständigen und die Weiterbildungsoffensive in der kommenden Legislaturperiode gemeinsam tragen und finanzieren können, sollte das Kooperationsverbot aufgehoben werden. Im Sinne des grundgesetzlichen Anspruchs auf gleichwertige Lebensverhältnisse muss der Bund die Länder darin unterstützen, den staatlichen Bildungsauftrag umfassend zu definieren und die Weiterbildung als kommunale Aufgabe ausreichend zu finanzieren.

Gute Bildung unabhängig vom Standort und der Finanzkraft der Länder zu gewährleisten ist nur durch eine gemeinsame Finanzierung durch Bund, Länder und Kommunen möglich. Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung muss auch für den Bereich der allgemeinen Bildung und der Weiterbildung vollständig aufgehoben und stattdessen eine umfassende Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Artikel 91b im Grundgesetz verankert werden. Darüber hinaus soll das Kooperationsverbot in Artikel 104b Grundgesetz, d. h. die Beschränkung der Bundesförderung auf Bereiche, in denen der Bund Gesetzgebungskompetenz besitzt, aufgehoben werden, um so alleinige Finanzierungen des Bundes oder gemeinsame Finanzierungen des Bundes und der Länder in den Bereichen von Bildung, Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung zu ermöglichen.

2. Weiterbildungskabinette

Um eine inhaltliche und fachübergreifende Abstimmung zwischen den mit Weiterbildung befassten Ressorts sicherzustellen, sollen horizontal (auf Bundesebene zwischen den mit Weiterbildungsfragen befassten Ressorts) und vertikal (zur Abstimmung von Weiterbildungsfragen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden) Kabinettsausschüsse zur Weiterbildung eingerichtet werden.

Gerade im Bereich der Weiterbildung liegt ein großes Gestaltungspotential, gleichzeitig fehlen hier wesentliche Strukturen zur Steuerung und Planung von Weiterbildungsangeboten insbesondere zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Der Vorschlag Weiterbildungskabinette einzurichten, erscheint als zielführend und praktikabel, um eine inhaltliche und fachübergreifende Abstimmung auf allen Ebenen zu garantieren.

3. Enquete-Kommission „Zukunft der Weiterbildung“

Eine Enquete-Kommission soll eine umfassende und strukturierte Analyse der Realität der Weiterbildung in Deutschland vornehmen, Reformbedarfe identifizieren und erforderliche Rahmenbedingungen inklusive der Finanzierungs- bzw. Förderstrukturen aufzeigen.

DIE LINKE unterstützt die Forderung, eine Enquete-Kommission „Zukunft der Weiterbildung“ einzurichten. Gleichzeitig muss ein bundesweit geltendes Gesetz zur Weiterbildung, welches Weiterbildung zu einer Pflichtaufgabe der Länder und Kommunen macht, auf den Weg gebracht werden.

Weiterbildungsbeteiligung

4. Die Weiterbildungsförderung muss über den Arbeitsmarkt hinaus reichen und im Sinne eines ganzheitlichen Bildungsverständnisses den Erwerb von Kompetenzen für eine souveräne Teilhabe am beruflichen und gesellschaftlichen Leben fördern.

Weiterbildungs-BAföG

Das Aufstiegs-BAföG soll zu einem Weiterbildungs-BAföG ausgebaut werden, das eine systematische Weiterbildung unterstützt, die der Persönlichkeitsentwicklung dient, wichtige Schlüsselqualifikationen fördert und zur bürgerschaftlichen Teilhabe befähigt, auch jenseits konkreter beruflicher Aufstiegsperspektiven.

Damit alle Menschen unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund im Laufe ihrer Biografie Bildungs- und Weiterbildungsangebote

wahrnehmen können, muss das BAföG zu einer Erwachsenenbildungsförderung ohne Altersgrenze ausgebaut werden. Es müssen neue Wege gefunden werden, wie Menschen auch nach einer ersten Berufsphase während einer Fortbildung oder einem Studium ihren Lebensstandard halten können, etwa im Rahmen des Sozialversicherungssystems, in dem die Arbeitslosenversicherung nicht nur Phasen der Erwerbslosigkeit, sondern auch Qualifizierungsphasen absichert. DIE LINKE fordert eine verstärkte und verstetigte Förderung von Erwerbslosen und Geringqualifizierten, unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten.

5. Erfolgsprämien

Erwachsene, die einen Schulabschluss nachholen oder an abschlussbezogenen Grundbildungsangeboten teilnehmen, sollen bei erfolgreichem Abschluss ebenso eine Prämie erhalten wie der bisher bereits in der Arbeitsförderung (§ 131a AWStG) begünstigte Personenkreis.

Dieser Vorschlag wird derzeit noch diskutiert.

6. Steuerliche Absetzbarkeit

Weiterbildungsangebote, die im öffentlichen Interesse liegen, sollen steuerlich absetzbar sein und die Breite der geförderten Angebote muss erhöht werden. Dazu gehören neben beruflich verwertbaren Weiterbildungsmaßnahmen u. a. auch Angebote politischer Bildung, kompensatorischer Weiterbildung, abschlussbezogener Grundbildung sowie Angebote zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen.

Berufliche Weiterbildungen, die im Interesse der Arbeitgeber liegen, sollten auch von diesen finanziert werden. Damit sich alle Unternehmen gleichermaßen an der Finanzierung beteiligen, schlägt DIE LINKE einen Weiterbildungsfonds vor, in den alle Unternehmen entsprechend der Anzahl ihrer Beschäftigten einzahlen. So können die Mittel für Weiterbildung erhöht und die Risiken für kleinere Betriebe gemindert werden.

7. Zielgruppenansprache

Zur Sicherstellung einer verlässlichen Grundversorgung mit Angeboten zur beruflichen, politischen, gesundheitlichen, kulturellen und sprachlichen Teilhabe im ländlichen Raum und zur Steigerung der Weiterbildungsbeteiligung bisher nicht erreichter Zielgruppen sollen Modellprojekte aufgelegt werden.

Gerade der ländliche Raum ist von einem Abbau an öffentlich finanzierten (Weiter-)Bildungsangeboten betroffen. Das ist ein Problem. DIE LINKE ist der Ansicht, dass gute Bildung unabhängig vom Standort und der Finanzkraft der Kommune angeboten werden muss. Hierzu müssen die Kommunen finanziell besser ausgestattet werden. Zur Steigerung der Weiterbildungsbeteiligung von bisher nicht oder kaum erreichbaren Zielgruppen sind Modellprojekte eine gute Maßnahme. Diese sollten dann aber dauerhaft in Breite getragen bzw. weiterfinanziert werden, damit alle davon profitieren.

Kompensatorische Bildung

8. Es gefährdet nicht nur die individuelle Existenzsicherung, sondern auch den wirtschaftlichen Fortschritt unseres Landes, wenn Menschen aufgrund eines Scheiterns im Schulsystem, Unterbrechungen in der Berufsbiografie oder wegen anderer Gründe vom lebenslangen Lernen ausgeschlossen werden.

Funktionaler Analphabetismus

Um die dramatisch hohe Zahl von 7,5 Mio. Erwachsenen in Deutschland, die nicht ausreichend lesen und schreiben können, zu vermindern, bedarf es in der von Bund und Ländern ausgerufenen Nationalen Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung neben der Förderung von Entwicklungsprojekten auch einer staatlichen Regelförderung, die allen Betroffenen die Teilnahme an Alphabetisierungs- und Grundbildungsangeboten ermöglicht.

Das Recht auf Bildung umfasst für DIE LINKE eine gute Grundbildung, die allen zugänglich sein muss. Dazu gehören auch Angebote der allgemeinen und politischen Weiterbildung. Dafür sind bessere finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen erforderlich. Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die öffentlich ausfinanziert werden muss. Zur nachholenden Alphabetisierung und Grundbildung fordert DIE LINKE zusätzlich ein Zehn-Jahres-Programm und die Bereitstellung von 3,6 Milliarden Euro durch Bund, Länder und Kommunen sowie die Erarbeitung nachhaltiger Finanzierungsmodelle für den dauerhaften Ausbau von Grundbildung und Alphabetisierungskursen in der Erwachsenenbildung und im Bereich der Integrationskurse.

9. Zweiter Bildungsweg

Alle Erwachsenen müssen die Möglichkeit erhalten, Schulabschlüsse nachzuholen - unabhängig von Alter, Erwerbs- und Aufenthaltsstatus sowie nationaler Herkunft. In Deutschland verlassen jährlich rund 70.000 junge Menschen die Schule ohne einen Abschluss. Von den nach Deutschland zugewanderten Erwachsenen verfügt über ein Drittel nicht über einen Schulabschluss.

DIE LINKE fordert ein Sonderprogramm „Ausbildungsoffensive für Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung“ in Höhe von 1,5 Milliarden Euro, mit einer Startphase von drei Jahren. Ziel des Programms ist es, einem möglichst großen Anteil der zwei Millionen jungen Menschen das Nachholen einer qualifizierten Berufsausbildung zu ermöglichen. Hierbei sind aus unserer Sicht sowohl Ausbildungsgänge in Vollzeit, Teilzeit und berufsbegleitend anzubieten.

10. Bildungsübergänge und Weiterbildungsberatung

Im Sinne erfolgreicher Lern- und Bildungsbiographien müssen Förderangebote als Bildungsketten miteinander verbunden werden, damit Anschlüsse eröffnet und Übergänge erleichtert werden. Alphabetisierung, Grundbildung, Integration und Zweite Bildungswege stehen vielfach unverbunden nebeneinander.

Insbesondere müssen auch Strukturen der Weiterbildungsberatung ausgebaut und abgesichert werden.

Menschen lernen immer, von Kindesbeinen bis ins hohe Alter. Dieses Lernen möglich zu machen und den gleichen Zugang für alle zu sichern ist Aufgabe von Bildungspolitik. Auch Lernzeiten nach der allgemeinen Bildungsphase und der ersten beruflichen Ausbildung legen wichtige Grundlagen für berufliche und gesellschaftliche Teilhabe. Lebenslanges Lernen umfasst die Verwirklichung individueller Bildungsinteressen genauso wie die Qualifizierung für eine berufliche Neuorientierung oder Fort- und Weiterbildung im ausgeübten Berufsfeld. Die entsprechenden Sektoren des Bildungssystems sind als eigenständige und immer wichtiger werdende Bildungsphasen auszubauen und entsprechend zu fördern. Um die unterschiedlichen Bildungsangebote im Sinne des lebenslangen Lernens besser zu verknüpfen und Übergänge zu erleichtern, sind Beratungsangebote auszubauen. In dem Zusammenhang setzt sich DIE LINKE auch für eine gesellschaftliche Aufwertung der Weiterbildung ein. Diese darf aber nicht auf ihre kurzfristige ökonomische Verwertbarkeit reduziert werden, sondern muss neben der beruflichen Qualifikation auch als Beitrag zur kulturellen und gesellschaftlichen Emanzipation verstanden werden. Alle Wissensgebiete sind Gegenstand von individuellen Bildungsinteressen. Allgemeine Weiterbildung und politische Bildung sind nicht nur wichtig für die Persönlichkeitsbildung, sondern sie bestimmen wesentlich das Maß an gesellschaftlicher Teilhabe.

Digitale Weiterbildung

11. Die rasanten Prozesse der Digitalisierung erfordern den Erwerb umfassender Nutzungs- und mündiger Entscheidungskompetenzen. Menschen müssen dabei nicht nur mit digitalen Produkten und Funktionalitäten vertraut werden und ihre Informations- und Lerntechniken kontinuierlich erweitern, sondern auch ihre Analysefähigkeiten schärfen, um Informationen und Sicherheitsrisiken beurteilen zu können.

Förderprogramme

Alle Förderprogramme der „Bildungsoffensive für die digitale Wissensgesellschaft“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) müssen so ausgestaltet werden, dass auch die Weiterbildung für die Erfordernisse und Möglichkeiten der digitalen Wissensgesellschaft gestärkt wird.

DIE LINKE spricht sich für eine verlässliche Ausstattung der unterschiedlichen Bildungsträger aus. Das umfasst selbstverständlich auch die Digitalisierung von Weiterbildungsangeboten. Diese dürfen nicht aus den Förderprogrammen des BMBFs ausgeschlossen werden.

12. Zugang für alle

Digitale Bildung beschäftigt alle Menschen - lebenslang. Um einer drohenden digitalen Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken, müssen insbesondere auch Ältere, arbeitssuchende Menschen, Berufsrückkehrer/-innen und Arbeitnehmer/-innen mit unregelmäßigen Arbeitszeiten sowie Erwachsene mit Grundbildungsbedarf in der Strategie des BMBF berücksichtigt werden.

Gute Bildungsangebote dürfen nicht vom Standort, der Finanzkraft des Landes bzw. der Kommune oder der (momentanen) Lebenslage der Menschen abhängen. Daher muss zwingend der digitalen Spaltung entgegengewirkt werden und die verschiedenen Zielgruppen müssen in der Strategie des BMBF Berücksichtigung finden. Zudem müssen die Länder und Kommunen im Bereich der (Weiter-)Bildung finanziell, sächlich und personell besser ausgestattet werden, um auch benachteiligten Zielgruppen passgenaue Angebote bereitstellen zu können.

13. Digitale Informationszentren

Auf kommunaler Ebene müssen bürgernahe Anlaufstellen eingerichtet werden, die bei allen Fragen rund um Medien- und Informationskompetenz und hinsichtlich aktueller Netzphänomene wie Fake News, Social Bots und Datamining Hilfestellung bieten. Die Weiterbildungseinrichtungen müssen am Aufbau und Betrieb der Informationszentren beteiligt werden, um eine Vernetzung mit ihren vielfältigen Bildungsangeboten sicherstellen zu können.

DIE LINKE unterstützt den Vorschlag, digitale bürgernahe Informationszentren einzurichten, die Beratung und Hilfestellungen bei Fragen rund um Medien- und Informationskompetenzen bieten. Allerdings sollten diese sich nicht ausschließlich auf digitale Angebote beschränken, da neuere Phänomene wie Fake News nicht nur Sozial Media o.ä. betreffen, sondern auch die

herkömmlichen Printmedien. Ziel muss es sein, dass alle Bildungsteilnehmenden über einen kompetenten Umgang mit (neuen) Medien verfügen.

Zusammenhalt durch allgemeine Weiterbildung

14. Unsere Gesellschaft ist von unterschiedlichen Spaltungstendenzen betroffen. Weiterbildung stärkt durch ihre Bürgernähe und ihre Begegnungsangebote den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ihre Programme müssen den Bildungsbedürfnissen der gesamten Bevölkerung gerecht werden, gleiche Zugänge ermöglichen und gemeinsame Bildungsprozesse initiieren.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Neben der etablierten politischen Jugend- und Erwachsenenbildung bedarf es eines Förderprogramms zur flächendeckenden Umsetzung von neuen, innovativen Dialog- und Teilnehmungsformaten auf kommunaler Ebene, um Menschen mit unterschiedlichen Herkünften und Lebenslagen gemeinsam eine kritische und konstruktive Auseinandersetzung mit der Zukunft unserer Gesellschaft zu ermöglichen.

DIE LINKE unterstützt den Vorschlag, neue, innovative Dialog- und Teilnehmungsformate auf kommunaler Ebene für Menschen unterschiedlicher Herkunft und Lebenslagen zu ermöglichen. Eine besondere Bedeutung kommt dabei den Volkshochschulen zu, die als öffentliche Weiterbildungseinrichtungen ein breites Angebot in den Regionen sicherstellen. Deshalb müssen die Kürzungen bei den Volkshochschulen sowie im gesamten Bereich der staatlichen Weiterbildungsförderung gestoppt werden.

15. Gesamtgesellschaftliche Integration

Integration bedarf eines ganzheitlichen Bildungsansatzes, der (inter-)kulturelle, gesellschaftspolitische, berufliche und gesundheitsbezogene Bildung mit Sprachlernangeboten verknüpft. Darüber hinaus kann die Integration hunderttausender neu zugewandeter Menschen nur als ein gesamtgesellschaftlicher Prozess gelingen, in dem die Bildungsbedürfnisse von Zugewanderten und einheimischer Bevölkerung gleichermaßen berücksichtigt werden.

Die Integration von neu zugewanderten Menschen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht an einer Unterfinanzierung des Bildungssystems scheitern darf. Daher muss das deutsche Bildungssystem von der frühkindlichen Bildung bis hin zur Weiterbildung ausreichend finanziell, sachlich und mit qualifizierten pädagogischen Fachkräften ausgestattet sein. DIE LINKE folgt einem Bildungsverständnis, das von hohen qualitativen Ansprüchen geprägt ist, das niemanden ausgrenzt, sondern alle von vornherein einschließt und sich um den aktiven Ausgleich von Benachteiligungen und Beeinträchtigungen bemüht. Niemand – ob Einheimische oder Zugewanderte – darf an den Rand gedrängt werden.

16. Integrationskurse und Qualifizierung

Die Maßnahmen des Bundes für Integration und Qualifizierung sind besser auszustatten. Sie müssen positive Lernbedingungen garantieren und die Lehrkräfte müssen angemessen vergütet und abgesichert werden. Insbesondere müssen auch die Träger ausreichend finanziert werden für die anspruchsvollen Organisations- und Betreuungsaufgaben. Eine nachhaltige Anhebung der Trägerpauschale ist hier unverzichtbar.

Die Ausgaben für die Integration sind wertvolle Investitionen in die Zukunft und stärken die Teilhabemöglichkeiten der Eingewanderten genauso wie den solidarischen Gesamtzusammenhalt in der Gesellschaft. Integrationskurse sind für Geflüchtete oft die entscheidenden Schritte in Ausbildung und Arbeit. Allerdings gibt es deutlich weniger Plätze als interessierte Teilnehmer*innen. In den Haushaltsverhandlungen für das Haushaltsjahr 2017 hat DIE LINKE daher den Antrag gestellt, für die Durchführung von Integrationskursen die Mittel um fast 300 Mio. Euro aufzustocken. Es müssen aber nicht nur deutlich mehr Integrationskursplätze geschaffen werden, entscheidend ist auch, dass die Lehrkräfte angemessen vergütet und in Bezug auf sozialversicherungsbezogene Leistungen abgesichert werden. Integration und deren Finanzierung darf nicht von der Kassenlage abhängen.

Personalstruktur

17. Mehr und mehr übernimmt die Weiterbildung Daueraufgaben, die im besonderen öffentlichen Interesse liegen und politisch gewünscht sind. Mit diesen Maßnahmen wächst die Zahl der Lehrkräfte, die im Haupterwerb in der Weiterbildung tätig, aber nicht (ausreichend) sozial abgesichert sind.

Soziale Absicherung von Kursleitenden

Die von Bund, Ländern und Kommunen aufgelegten und verantworteten Weiterbildungsprogramme müssen finanziell so dimensioniert sein, dass Lehrkräfte leistungsgerecht bezahlt und bei Bedarf sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden können. Zur sozialen Absicherung von Kursleitenden müssen gegebenenfalls Zuschläge zur anteiligen Deckung der Sozialversicherungskosten finanzierbar sein.

Gute Ergebnisse können Weiterbildungsangebote nur dann erreichen, wenn die Qualität der Lehre gewährleistet ist. DIE LINKE fordert für Honorarkräfte, beispielsweise in den Integrationskursen, ein Mindesthonorar und perspektivisch abgesicherte,

sozialversicherte Arbeitsverhältnisse sowie angemessene Vorbereitungszeiten und regelmäßige Fortbildung. Darüber hinaus ist der derzeitige Branchenmindestlohn zu erhöhen.

18. Weiterbildungssozialkasse

Die Einrichtung einer Weiterbildungssozialkasse oder alternativ die Aufnahme von Lehrkräften in die Künstlersozialkasse ist zu prüfen, um eine trägerübergreifende soziale Absicherung für freiberufliche Lehrkräfte sicherzustellen.

In der Weiterbildung ist das sogenannte Normalarbeitsverhältnis - mit festem Arbeitsvertrag und in Vollzeit - längst zur großen Ausnahme geworden. In der Branche arbeiten weit mehr Freiberufler*innen wie Festangestellte, Weiterbildner*innen haben oft mehrere Jobs gleichzeitig. Die Mehrzahl der Beschäftigten verfügt über einen akademischen Abschluss. Das ist ein weiterer Beleg dafür, dass prekäre Arbeit nicht mehr nur mit geringer Qualifikation gleichzusetzen ist. Die Hartz IV Gesetze haben in der Branche eine Spirale des Lohndumpings ausgelöst. DIE LINKE streitet für einen angemessenen Mindestlohn in der Weiterbildung und für eine neue Vergabepolitik der Arbeitsagenturen, die nicht Preisdumping, sondern gute Qualität in den Mittelpunkt stellt. Wer eine gute (Weiter-)Bildung will, muss auch für gute Arbeitsbedingungen und gute Löhne sorgen.